

petue, pacifice et quiete tenendam et possidendam ipsosque per traditionem mitrae nostrae legitime investivimus de eadem. Praedicti vero Bernhardus et Hermannus depositis palliis et denudatis capitibus praestiterunt nobis fidelitatis iuramentum ac iunctis manibus ipsorum in manibus nostris recepimus eos ad osculum pacis in signum homagii, fidei, fidelitatis ac perpetuae dilectionis. Datum et actum in castro Gultzow anno domini millesimo trecentesimo nonagesimo, feria secunda post dominicam Invocavit, vicariatus domini nostri Caminensis sub sigillo, praesentibus validis viris ac honestis Nicolao Hindenborgh, Henrico Balden, Iohanne Wendt, familiari consulum de Stargardia, et magistro Iohanne Molner, Colbergensis et dictae Caminensis ecclesiarum canonico et prothonotario curiae Caminensis, ac pluribus aliis fide dignis testibus ad praemissa.

Begl. Abschr. von 1621 im Kgl. Staatsarchive zu Stettin s. r. Stargarder Hofgericht, von Weyher Nr. 238 Bl. 45.

Magdeburg.

Otto Heinemann.

Zum Kronrat im deutschen Reiche des späteren Mittelalters. In meinem Buche „Kronrat und Reichsherrschaft im 13. und 14. Jhdt.“ (Berlin und Leipzig 1910) habe ich den Versuch gemacht, eine Auffassung von Wesen und Gestaltung des Königsrats der deutschen Herrscher im Mittelalter zu begründen, welche von der bislang verbreiteten erheblich abweicht und das Interesse an dieser Institution in erster Linie auf bestimmte Jahrhunderte hinlenkt. Innerhalb der so gesteckten Grenzen hat sich gezeigt, dass sein schärferes Hervortreten in hohem Masse abhängig war von der Voraussetzung intensiver Herrschaftsformen des Königs, dass er demnach dort seine grösste Bedeutung erlangte, wo solche wie in Italien noch in nachstaufischen Zeiten wirksam waren und eine Interessengemeinschaft der Vertreter des Reiches stärker als anderwärts sich zu erkennen gab. Den Unterschied der Entwicklung in Deutschland und Italien darzulegen musste unsere vornehmste Aufgabe bilden: wie weit diese Entwicklung hier und dort auseinanderging, zu anderen Zeiten aber wieder homogen sich gestaltete und wie es dadurch klar wird, dass, was auf deutschem Boden von einem Königsrate wahrzunehmen ist, unsere Aufmerksamkeit nur in ziemlich sekundärer Weise in Anspruch nehmen kann. Geht man über jenen Zeitpunkt hinab, den wir uns als Grenze gesetzt haben, so leitet jede derartige Untersuchung in die Behandlung des Reichshofrates zu Beginn der Neuzeit hinüber. Sie hat dann dem Hofrate K. Friedrichs III. ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden

und wird die territorialen Grundlagen dieser Gestaltungen betonen müssen, für die etwa Verhältnisse wie wir sie unter K. Ruprecht, ja schon unter Ludwig d. Bayern finden, beachtenswerte und frühe Fingerzeige bieten. Wollen wir also von der Entwicklung eines königlichen Rates überhaupt sprechen, so löst sich dieses scheinbar einheitliche Problem in zwei sehr deutlich hervortretende Richtungen auf. Die eine, wie ich meine interessantere, hat ihren Schwerpunkt im 13. und 14. Jahrhundert, die andere aber hat dort erst ihre kaum bemerkbaren Wurzeln, um dann im 15. und 16. Jahrhundert in Erscheinung zu treten. Ich habe diese letztere ausdrücklich von meinen Erörterungen ausgeschieden und das schon in der Wahl des Titels zur Anschauung gebracht. Sie würde eine selbständige und in sich geschlossene monographische Darstellung sehr wohl verdienen¹⁾.

Auch der Gegenstand nun, den wir der Betrachtung unterzogen haben, trägt ein genügend einheitliches Gepräge an sich, um der gesonderten Behandlung wert zu erscheinen. Wie die sizilischen Regierungsmaximen Friedrichs II. ins Reich, zunächst nach Italien hinübergriffen, zu welcher Bedeutung sie eben dort, in Reichsitalien, auf dem Römerzuge Heinrichs VII. gelangten, hat auch in der Gestaltung eines Kronrats seinen unverkennbaren Ausdruck gefunden. Von Friedrich II. über Heinrich VII. bis auf Karl IV., solange da noch die staufischen Traditionen der Reichsverwaltung in Geltung blieben, lässt sich auf italischem Boden eine Kontinuität der Verhältnisse verfolgen, die uns sogar gewisse durch Ordnungen festgelegte Regelmässigkeiten im Geschäftsgange des Rats vor Augen führen konnte.

Bei einem derartigen Gange der Untersuchung hat sich aber m. E. mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt, dass bisher eine Meinung Verbreitung gefunden, welche durch Verallgemeinerung weniger Belegstellen aus der Wende des 14. und 15. Jahrhunderts einen Entwicklungsgang des Rates konstruierte, wie er in dieser Weise tatsächlich niemals sich vollzogen hat. Ich würde es für überflüssig halten, nochmals darauf zurückzukommen, wenn nicht jüngst F. Kern in den Götting. gel. Anzeigen 1910 Nr. 8 meine Ausführungen missverstehend²⁾ trotz allem noch behauptet hätte, dass wenigstens Modi-

¹⁾ Sagt Kern, Gött. gel. Anz. 1910 S. 593 (vgl. unten Anm. 2), die Forschung habe sich in der von Redlich angedeuteten Richtung zu bewegen, so weiss ich mich mit meinem verehrten Lehrer durchaus in Übereinstimmung, wenn ich diese Bemerkung eben auf die noch in Angriff zu nehmende Aufgabe der späteren Zeit beziehe.

²⁾ Ich will nicht unerwähnt lassen, dass mich der Ton dieser Anzeige sehr befremdet hat. Wenn Kern meinen Erörterungen „nicht folgen“ zu können glaubt, be-

fikationen jener Lehre angebracht seien. Die Ansicht, der ich entgegengetreten bin, hat die Entwicklung der amtlichen Wirksamkeit am Hofe nur unter dem Gesichtspunkt einer Differenzierung der Dienstverhältnisse betrachtet. Aus ihr erklärt sie die Entstehung eines Rates, mit ihr hat sie auch die Frage nach Entstehung und Wesen des Kammergerichtes in sehr bestimmter Weise zu lösen versucht. Aber auf solche Art ist die Problemstellung eine durchaus irrige geworden. Meine Erörterungen über Heinrichs VII. Conseil müssen das jedem aufmerksamen Beurteiler zum Bewusstsein bringen. Denn diese Körperschaft zeigt sich uns als ein Rat unter Vorsitz des Kaisers, in einem Entwicklungsstadium also, das nun offenbar hinter jenem zurückbleiben müsste, welches die genannte Theorie für die Zeit Friedrichs III. in Anspruch nimmt. Und doch kommt ihm ganz unzweifelhaft eine Eigenschaft zu, die nach dieser Lehre geradezu das wesentliche Merkmal des Rates seit Friedrich III. ausmacht: die Spontanität (1); und doch lässt er sich ganz zwanglos mit den „ausgebildeten“ französischen und englischen Ratskollegien vergleichen (2); und doch endlich steht er förmlich im Mittelpunkte einer Reichsherrnschaft (3), während der spätere Rat Friedrichs III. dem gegenüber eine nur sehr untergeordnete Rolle spielte¹⁾. Man war sich also bisher zum mindesten über die Bedeutung der Form „König im Rat“ nicht klar, wenn man schon, was ich allerdings (entgegen Kern) nirgends finde, von einer solchen Form als *terminus technicus* sprach²⁾. Es wird gut sein, auf die drei soeben betonten Punkte noch in aller Kürze einzugehen.

1. Die bisherige Auffassung (soweit eine solche klarer ausgesprochen wurde) ist nicht: „König im Rat“ als Behörde, sondern: der Rat (= An-

rechtigt ihn das noch keineswegs, Disposition und Form der Schrift zu verurteilen. Übrigens habe ich dem Buche eine Inhaltsübersicht vorausgeschickt, welche durch gesperrten Druck die jeweils für das Nächstfolgende „leitenden Gedanken“ jeden auf den ersten Blick erkennen lässt. — Sonderbar ist überhaupt die Art und Weise, wie mein Referent zu Werke geht. Nach einer „Zergliederung“ d. h. Zerpflückung des zweiten Kapitels hat er für alles andere nur mehr ein summarisches Raisonement übrig. Es ist sehr natürlich, dass Stellen, welche aus ihrem Zusammenhange herausgerissen sind, ein völlig anderes Aussehen gewinnen können. So ist denn auch bei näherem Zusehen kein einziger von Kerns Einwänden in Wirklichkeit stichhältig. Nachdem ich bei Kern so schlecht weggekommen bin, dass mein Buch förmlich als abschreckendes Beispiel hingestellt wird (!), hat es mich in der Tat gewundert zu sehen, wie seine Schlussätze doch wieder auf meinen Gedankengängen basieren.

¹⁾ Vgl. übrigens z. B. Fellner-Kretschmayr, Österr. Zentralverwaltung I/1. 3.

²⁾ Hier darf ich wohl anfügen, dass Kern auf S. 15 meiner Schrift, wo von der karolingischen Zeit gehandelt wird, nicht beachtet hat, dass zweierlei auseinandergehalten wird: Entscheidung durch „palatini“ und Entscheidung durch

nahmestelle von Petitionen) wird fallweise zur Behörde, wenn ein Auftrag des Königs an eine Mehrzahl von Räten erging, mit ihm oder allein das betreffende Geschäft zu erledigen. Der „König im Rate“ hingegen bedeutet die Spontanität der Funktion, d. h. der versammelte Rat tritt von selbst nach einer bestimmten Richtung hin in Wirksamkeit, ohne dass seine behördliche Funktion fallweise vom König erst geschaffen werden müsste. So sagt es klar und deutlich der Wortlaut der Ratsordnung von 1313¹⁾: *fuit ordinatum per imperatorem et eius consilium quod omnia negotia . . de quibus expedit habere maturam deliberationem omni die proponantur in consilio usque ad finalem expeditionem... Et debet consilium domini congreguari*²⁾ *..ad deliberandum ea que coram eis* (d. i. eo [imperatore] *et dicto consilio*) *proponentur*³⁾. Also: die Anordnung über die regelmässige Vorlage bestimmter Geschäfte zur Behandlung im Rate ist durch Kaiser und Rat getroffen⁴⁾. Die Vorlage erfolgt vor dem unter Vorsitz des Kaisers versammelten Rat⁵⁾. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass der Kaiser ohne Ingerenz auf den Rat sei⁶⁾. Doch alteriert anderseits auch seine zufällige Abwesenheit vom Rate nicht mehr dessen behördliche Tätigkeit, die im Ratsbuch ihren Ausdruck findet⁷⁾. Kern bemängelt meine Annahme, dass Verfügungen ab und

„König im Rat“. Inwieweit im erstern Falle das *consilium pleniter dare quid fieret* etwas vom Könige nicht mehr in Frage zu stellendes bedeutet, ist weder aus dem Wortlaute bei Hincmar zu ersehen, noch im betreffenden Zusammenhange von irgend welchem Belange.

¹⁾ M. G. Const. 4, 968 n. 933 (Dönniges Acta Henr. 1, 51 n. 3).

²⁾ *congreguari* natürlich = *se congregare*; vgl. Thes. linguae lat. 4, 291 f.

³⁾ Vgl. meine Ausführungen a. a. O. S. 82 Anm. 3.

⁴⁾ Rat bzw. „König und Rat“ bestimmen mithin die Erledigungsart der Geschäfte; vgl. besonders die S. 86 Anm. 7 meines Buches zitierte Stelle *commisum est negocium dominis* [so statt *domino*] *Melanchio et Scoto et debent vocare dominum Dominicum*.

⁵⁾ Wir hören sogar, dass dieser Rat als Behörde Berichte entgegennimmt; vgl. Dönniges 1, 51 n. 5, wo es bzgl. der Auflagen Pisas heisst: *e ce soit raporte au conseil dou seigneur*, und ebda. 1, 52 n. 5 *li vicaires doit enquerir e rapporter au conseil*. In diesem Zusammenhang ist auch bedeutungsvoll, dass sich Fälle finden lassen, in denen ersichtlich wird, wie das Conseil mit selbständigem (spontanem) Entscheidungsrecht die finanzielle Gebarung des Hofhaltes überwacht, indem bestimmte derartige Fälle an den Rat geleitet wurden (dass der Rat ständig damit beschäftigt war, war mir a. a. O. von keinem Belange zu konstatieren [traten doch sehr bald schon andere Aufgaben stark in den Vordergrund]; vgl. aber Kern S. 590!).

⁶⁾ Vgl. Dönniges 1, 54 n. 16 *fu propose en conseil par le seigneur*.

⁷⁾ Dass das gegenüber der Seeligerschen Auffassung keine andersgeartete „rechtliche Stellung des Rates“ bedeute, wird doch niemand behaupten können.

zu auch „allein vom Rate ausgegangen“ seien. Aber ein unzweideutiger Beleg für sie ist doch die Stelle¹⁾ *promissum . . de consciencia domini imperatoris per consilium*; und ebenso wenig kann man behaupten, dass noch der Kaiser anordnet, wenn es heisst²⁾ *fu ordene en conseil devant le seignour*. Auch wenn ich einen Fall gefunden zu haben glaube, in dem der Rat bestimmt „dass der Kaiser dies und das befehlen solle“³⁾, braucht man dazu nicht ein Rufzeichen zu setzen⁴⁾: ganz ähnliche Fälle kommen in den englischen Ratsakten vor⁵⁾.

2. Das französische bzw. englische Conseil ist auch nach Kerns Auffassung nicht ein Rat im Sinne der von der herrschenden Meinung etwa für Heinrich VII. in Anspruch genommenen, unvollkommenen Entwicklungsstufe⁶⁾. Aber gerade sein Geschäftsgang zeigt uns im Wesen gar keinen Unterschied gegenüber den Verhältnissen, die wir beim Rate Heinrichs VII. erschliessen können. Ich brauche da nur etwa auf die frappanten Übereinstimmungen zu verweisen, welche von mir a. a. O. S. 80 dargelegt sind und die Kern, wie so viele wesentliche Dinge meines Buches übergangen hat⁷⁾. Die Bände der englischen „Proceedings and ordinances of the privy council“ aus dem 14. und 15. Jahrhundert führen wie die Sitzungsberichte des französischen Königsrats den, der sie mit Verständnis durchsieht, zu dem gleichen Ergebnis. Ja sie bringen uns auf die interessante Tatsache, dass der Nachlass des ersten Kammernotars K. Heinrichs VII. als kostbare Re-

¹⁾ M. G. Const. 4, 1066 n. 1023 § 4 (Dönniges 1, 85 n. 117).

²⁾ Dönniges 1, 72 n. 74^a.

³⁾ Dönniges 1, 54 n. 14 *ordene est que li Pisain mandent . . e li sires mande en tele meisme maniere e monser Symonz Phelipes ausinc*. Ein Zweifel in der Interpretation kann da doch wohl nicht bestehen.

⁴⁾ Massnahmen des Rats in Abwesenheit des Kaisers will K. nicht zugeben. Lieber verfällt er in ganz aus der Luft gegriffene Konstruktionen, indem er den Rat „privatim“ und nicht als „Behörde“ verhandeln lässt.

⁵⁾ Vgl. z. B. meine Arbeit S. 92 Anm. 3 (Ende).

⁶⁾ Kern stellt das englische „permanent council“ der Oxforder Provisionen schon auf eine höhere Entwicklungsstufe und spricht mit Bezug auf das 14. u. 15. Jhdt. von Zentralbehörden ausgebildeter Verwaltungsstaaten (a. a. O. 490. 491).

⁷⁾ Der französische Einfluss ist zweifellos. Kern (a. a. O. 592 unten) stösst sich an dem, was ich in diesem Zusammenhange über den Grafen Aymar v. Poitiers (Pertieu [M. G. Const. 4, 434 n. 479 § 4; vgl. Dönniges 1, 4 n. 1; 6—7 n. 5], Petiers [Dönniges 1, 5 n. 2; M. G. Const. 4, 437*], Peitiers [St.-Arch. Turin, Duc. di Monferrato, Mazzo 3 Nr. 7] neben Peitieu) vorbringe. Aber Aymar betrachtet zunächst den französischen König als seinen Lehensherrn; ein klares Verhältnis zum Reichsoberhaupt (vgl. M. G. Const. 4, 406 n. 461: Oct. 30) wird erst durch einen Vertrag, den Ratseid, konstituiert. Männer vollends, wie den

lique die ältesten Protokolle eines Königsrats bewahrt hat, von denen wir überhaupt Kenntnis besitzen. Kern freilich verschliesst sich da den Vorteilen der vergleichenden Betrachtungsweise. Das wundert mich gar nicht, wenn er behaupten kann, dass ich zur grösseren Veranschaulichung meiner Ausführungen mich mit der Versicherung begnüge, „im Frankreich und England des 15. Jahrh. seien die Entscheidungen des Königs auf Gutachten des Rates erfolgt“ !! Denn wer die §§ 31/32 meiner Schrift nachliest, wird bald erkennen, dass ich die ausgeprägteren Verhältnisse Frankreichs und Englands herangezogen habe, um zu zeigen, wie wir es im Rate Heinrichs VII. nicht mit prinzipiell davon Verschiedenem, sondern mit wesentlich Gleichartigen zu tun haben, nämlich mit dem „König im Rat“ als Behörde¹⁾; dies ist hier das Punctum saliens, nicht meine nur beiläufige Bemerkung (S. 81) über Gutachten oder Beschluss des Rates. Ich brauche wohl nicht erst auszusprechen, welchen Wert unter diesen Umständen Kerns Urteil²⁾ hat, niemand könne übersehen, wie unglücklich oft meine Analogien mit den Zentralbehörden Frankreichs und Englands ausgefallen seien³⁾.

3. Der Kronrat, d. h. der prinzipiell unter Vorsitz des Herrschers versammelte Rat entscheidet über alle Agenden von besonderer Wichtigkeit⁴⁾; seit der Zeit, da er dauernde Regelung erfährt, stehen darunter jene, die auf Erhaltung und Erweiterung der Reichsherrschaft sich beziehen, durchaus obenan. Der Wirkungskreis von „Kaiser und Rat“ ist recht wohl einer eingehenden Darlegung wert: die erhaltenen Ratsprotokolle allein berechtigen uns, von einem im Kronrate und durch ihn ausgeübten Reichsregime zu sprechen. Kern allerdings will noch die von mir genugsam behandelte Frage des Verhältnisses von König und

Grafen von Forez, kann man doch wohl nicht mehr als dem Reichsverbande angehörig bezeichnen. — Übrigens fällt da nicht auf die Zugehörigkeit zu diesem das Hauptgewicht, sondern auf die Tatsache, dass wir es mit Grossen zu tun haben, die in erster Linie Vasallen des Königs von Frankreich sind.

¹⁾ Vgl. Kern a. a. O. 590 Anm. 2.

²⁾ a. a. O. 591.

³⁾ Dass ich den Rat Heinrichs VII. von den angiovinischen Grosshofrationalen herleite (a. a. O. 592) ist eine irrige Auslegung meiner Worte. In Wahrheit sage ich nur, dass der Wirkungskreis der Grosshofrationalen mit jenem des Rates Heinrichs VII. auffallende Analogien aufweise, und dies in dem unverkennbaren Fortbestande der staufisch-angiovinischen Regierungs- und Verwaltungsgrundsätze im Reichsitalien der nachstauischen Zeit seine Erklärung finde.

⁴⁾ Von einer „Einseitigkeit der Regierungsmassnahmen“ (Kern a. a. O. 593 unten) kann da also gar nicht die Rede sein.

Rat klargestellt haben, er meint sogar in einem Wortspiel, es sei bei meinen Ausführungen wohl viel von Kronrat und Reichsregime, wenig aber von Reichsregime des Kronrats die Rede¹⁾. Dann beziehen sich also etwa jene meiner Darlegungen, die zum grössten Teil aus einem *liber de gestis per consilium* geschöpft sind, auf ein Reichsregime, das mit dem Rate nichts zu schaffen hat! Wer nicht über Stellen wie *ordinatum est per dominum et eius consiliarios . . . et iniunctum Dominico Soffredo et Johanni de Castellione quod ipsi vadant directe ad . . . vicarium Verone et Vincencie etc.*²⁾, welche die Kontroll- und Disziplinalgewalt des Rates dartun, einfach hinweggeht, der wird es nicht als schlechthin undiskutierbar hinstellen, wenn man diesen Rat unter Vorsitz des Kaisers geradezu eine Körperschaft mit Exekutive nennen möchte³⁾. „Kaiser und Rat“ bilden die regierende Stelle. Derartigen Tatsachen aber steht Kern ganz ablehnend gegenüber⁴⁾. Ihn interessiert allein die Frage, ob der König „seinem Rat als Kollegium“ ein Verfügungsrecht eingeräumt habe⁵⁾. Er übersieht dabei gänzlich, dass ich im vierten Kapitel, welches sich gerade nur mit Fällen solcher Art befasst⁶⁾, unter eben diesem Gesichtspunkt noch einmal das Verhältnis von Rat und Reichsherrschaft beleuchte; dass es sich da zeigt, wie nicht die Abgabe eines Teils der königlichen Verfügungsgewalt an den Rat es ist, welche diesem eine überragende Stellung zuweist, sondern einzig und allein die Verknüpfung mit einer vom König ausgeübten Reichsherrschaft. Dass ein Rat wie der K. Adolfs in der Pfalz nur auf einen kleinen räumlichen Wirkungskreis beschränkt war, und schon

¹⁾ Darunter scheint er, wie die paar von ihm herausgegriffenen Stellen zeigen, nur Fälle zu verstehen, in denen von einem „consilium“ allein gesprochen wird.

²⁾ M. G. Const. 4, 1032 n. 989 § 1 (Dönniges I, 119).

³⁾ In diesem Betrachte sprach ich auch von Erlässen, die in einfachem Verordnungswege aus dem Rate hervorgingen und wollte damit nur den Gegensatz andeuten zu den sonst üblichen königlichen Verfügungen, die unter Zustimmung einer Versammlung von Grossen erfolgten; vgl. Kern a. a. O. 592 letzte Z., 593 Z. 1.

⁴⁾ Sie sind ihm nur eine „fixe Idee“.

⁵⁾ Daher er denn „Regierungsgewalt“ höchstens einem Regentschaftsrat zuerkennen will (a. a. O. 593).

⁶⁾ Vgl. auch die klare begriffliche Scheidung Tezners, Landesf. Verwaltungsrechtspf. in Österreich S. 120 bzgl. der Behördenorganisation K. Maximilians I.: „Während die Mittelstellen den Monarchen, weil sonst der Zweck der Dezentralisation nicht erreicht werden könnte, in der Ausübung der Regierungsgewalt noch repräsentieren, steht der Hofrat dem Kaiser in dieser Hinsicht nur als Kronrat, ihn unterstützend zur Seite“.

nicht mehr eigentlich als Königsrat bezeichnet werden kann, ist in diesem Zusammenhang ein sehr bemerkenswertes Faktum¹⁾. Darum ein regierender Kronrat im Reichsitalien Heinrichs VII., während der Mangel einer Reichsherrschaft etwa unter Karl IV. in Deutschland überhaupt keinen geordneten Rat, in Italien aber einen solchen ohne besondere Bedeutung und jedenfalls ohne regierende Stellung sich gestalten liess²⁾.

Damit sind wir wieder bei dem entscheidenden Gesichtspunkte angelangt, unter dem die Erscheinung eines Kronrats bis in jene Zeiten zu beurteilen ist, in denen Art und Menge der Reichsagenden von keiner erkennbaren Wirkung mehr auf das Hervortreten eines königlichen Rates waren. Seitdem konnten ausschliesslich andere Faktoren von ratsbildendem Einfluss sein, ohne dass durch sie freilich die Grundlagen eines Conseils gegeben waren, wie wir einem solchen unter Kaiser Heinrich VII. begegnen. Schon unter Wenzel und Ruprecht wird es ganz offenbar, dass der Rat nicht mehr einem eigentlichen Reichsorgane entspricht. Mit dem sich hier unvermittelt anschliessenden Rate Friedrichs III. beginnt eine kontinuierliche Entwicklung, die im Territorium wurzelt und mit ihm auch weiterhin organisch aufs engste verbunden blieb, die aber im Wesen keine neue „Rechtsstellung“ des Rates bedeutet: dass das Consilium Friedrichs III. in schärferen rechtlichen Formen sich abhob, als jemals bisher der Fall war, würde ein arger Irrtum sein, der selbst im Hofrate Maximilians I. seine Widerlegung fände³⁾. Aber allerdings barg der „Parteienrat“, wie wir ihn schon für die Zeit Karls IV. charakterisieren konnten, ein später sehr entwicklungsfähiges Moment in sich. Das zu Beginn des 15. Jhdts.

¹⁾ Für Kern a. a. O. 592 bleibt es unverständlich.

²⁾ Gar keine Gnade vor K. findet das 4. Kapitel meines Buches. In anderem will er mich wenigstens überführen. So steht es mit Anm. 1 auf S. 591; hierzu bemerke ich folgendes: Der Herrschaftsbereich Heinrichs VII. in Italien hat in sich verschiedene mehr oder minder ausgeprägte Staatsgebilde vereinigt, deren Sonderexistenz doch in noch ziemlich deutlicher Weise erhalten blieb. Durch diese Tatsache zeigt sich „sinnfällig“, dass man vom Kronrate Heinrichs VII. nicht eine Gestaltung im Sinne jener Tendenzen vermuten kann, wie sie in England anzutreffen sind. Solche Tendenzen konnten, das wollte ich sagen, höchstens in einem einzelnen (natürlich staatlich konsolidierteren) Gemeinwesen von Heinrichs Machtgebiete (gegenüber dem, der dort die kaiserliche Gewalt repräsentierte) hervortreten, wie man es etwa beim Rate seines Vikars von Genua beobachten kann.

³⁾ Auch hier ist die prinzipielle Form des „Königs im Rate“ gewahrt. Bis zu welchem Grade das vielleicht nur eine Form war, ist, wie ich ausgeführt habe, auch unter Heinrich VII. nicht zu ersehen.

entstehende Kammergericht lässt es zunächst in voller Ausbildung hervortreten. Es hat dann den Prozess, der mit dieser Institution vor sich ging, überlebt und dem nachmaligen deutschen Hofrate dauernd seine Richtung gegeben: der Parteienrat musste unter Maximilian I. wesentlich als Gerichtshof die Existenz der königlichen Gewalt gegen „Reichsregiment“ und „Reich“ zu behaupten versuchen.

So hat denn die Darstellung der Entwicklung des deutschen Reichshofrates am Anfange neuerer Zeiten von Erscheinungen auszugehen, mit denen wir die Betrachtung eines Kronrats im mittelalterlichen Reiche abzuschliessen uns berechtigt glaubten.

Wien.

Vincenz Samanek.